

## VERORDNUNG

des Regierungspräsidiums Tübingen zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der  
Quellfassung Bronnbachquelle, der Quellfassung und des Tiefbrunnens Hailfingen und des  
Tiefbrunnens Wendelsheim der Stadt Rottenburg am Neckar  
- Westliche Erweiterung -

vom 20. Oktober 2010

Es wird verordnet auf Grund von

1. § 51 und § 52 Abs. 1 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) in der Fassung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585)
2. § 24 Abs. 1 und § 110 Abs. 1 des Wassergesetzes für Baden-Württemberg (WG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Januar 2005 (GBl. S. 219, ber. S. 404), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 17. Dezember 2009 (GBl. S. 802)

### § 1

#### Räumlicher Geltungsbereich

- (1) Im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung wird zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet

1. der Quellfassung "Bronnbachquelle"

Rechtswert	:	34 93 030
Hochwert	:	53 70 120
Flurstück Nr.	:	6899
Gemarkung	:	Rottenburg am Neckar
Stadt	:	Rottenburg am Neckar
Landkreis	:	Tübingen

2. der Quellfassung "Hailfingen"

Rechtswert	:	34 89 890
Hochwert	:	53 76 600
Flurstück Nr.	:	360
Gemarkung	:	Hailfingen
Stadt	:	Rottenburg am Neckar
Landkreis	:	Tübingen

3. des Tiefbrunnens "Hailfingen"

Rechtswert	:	34 89 880
Hochwert	:	53 76 610
Flurstück Nr.	:	360
Gemarkung	:	Hailfingen
Stadt	:	Rottenburg am Neckar
Landkreis	:	Tübingen

4. des Tiefbrunnens "Wendelsheim"

Rechtswert	:	34 95 050
Hochwert	:	53 74 670
Flurstück Nr.	:	264
Gemarkung	:	Wendelsheim
Stadt	:	Rottenburg am Neckar
Landkreis	:	Tübingen

der Stadt Rottenburg am Neckar ein Wasserschutzgebiet festgesetzt.

- (2) Das Wasserschutzgebiet besteht aus der weiteren Schutzzone (Zone III A).
- (3) Das Wasserschutzgebiet umfasst eine Fläche von ca. 6,266 km<sup>2</sup>.
- (4) Das Wasserschutzgebiet erstreckt sich im Landkreis Calw auf die Gemarkungen Nagold und Vollmaringen.

Zur weiteren Schutzzone - Zone III A - gehören die nachstehend aufgeführten Gewanne und Straßenzüge bzw. Teile derselben:

Gemarkung Nagold:

Alte Londorfer Steige, An der Heerstraße, Andresle, Auchtberg, Auf dem Gäuspitz, Auf der Kreuzegert, Badwald, Badweg, Bei der Kreuzegert, Beim Apotheker, Beim Bildstöckle, Berg, Bildstöckle, Birkenweg, Bremenstall, Bühl, Bühlkopf, Bürgeräcker, Eisberg, Eisbergkaserne, Eisbergsteige, Ferdinand-Porsche-Straße, Fritz-Ott-Randweg, Galgenberg, Gegen den Kirschbaum, Geißspitz, Gesperbel, Gottlieb-Daimler-Straße, Grabenäcker, Graf-Zeppelin-Straße, Gründ, Heerstraße, Henschinger, Herdäcker, Herrenberger Straße, Hinter dem Galgenberg, Hintere Heerstraße, Hoher-Baum-Weg, Imental, Jägle, Kienle, Kreuzegert, Lange Äcker, Lehleshau, Lise-Meitner-Straße, Londorfer Steige, Malmen, Marie-Curie-Straße, Maybachstraße, Mittleres Bergle, Müllerweg, Mülleräcker, Oberer Steinberg, Oberes Kreuzertal, Peterlesgrund, Pfarräcker, Reute, Robert-Bosch-Straße, Rotes Stickle, Rudolf-Diesel-Straße, Schlosser, Schottäcker, Schwadenäcker, Schönblickhof, Seiler, Stall, Unteres Kreuzertal, Unterjettinger Berg, Vollmaringer Weg, Vordere Heerstraße, Wolfsberg, Ziegelberg

Gemarkung Vollmaringen:

Äscher, Allmen, Bettenäcker, Biegelacker, Bildwiesen, Bildwiesenäcker, Blauer Stich, Drei Jauchert, Frauenrain, Fronäcker, Galgenbühl, Großer Acker, Grund, Gündringer

Straße, Gündringer Weg, Gürgele, Krähenneck, Mauren, Mesneräcker, Mühltäle, Reute, Rosenäcker, Schloßstraße, Schöller, Steigäcker, Stützweg, Vier Jauchert, Zweibäumen, Zwischen den Wegen

- (5) Die genauen Grenzen des Wasserschutzgebietes und seiner Schutzzonen ergeben sich aus der Übersichtskarte im Maßstab 1:10.000 sowie den Flurkarten im Maßstab 1:2500

Bereich Nord-West:

0120	0220	0319	0419	0519
0121	0221	0320	0420	0520
		0321	0421	

Bereich Süd-West:

0120	0221
0121	

in denen die Zone III A flächenhaft dunkelgrün angelegt ist.

Die Schutzgebietskarten sind Bestandteil dieser Verordnung.

Die Verordnung mit den Schutzgebietskarten ist nach Ablauf der Auslegungsfrist (§ 7), solange sie in Kraft ist, beim Regierungspräsidium Tübingen, Konrad-Adenauer-Straße 20 in 72072 Tübingen, beim Landratsamt Calw, Vogteistraße 44 in 75365 Calw sowie beim Bürgermeisteramt Nagold, Marktstraße 27 in 72202 Nagold zur kostenlosen Einsicht durch jedermann während der Sprechzeiten niedergelegt.

## § 2

### **Schutzbestimmungen der Schutzgebiets- und Ausgleichs-Verordnung**

- (1) Im Wasserschutzgebiet gelten die Schutzbestimmungen der Schutzgebiets- und Ausgleichs-Verordnung (SchALVO) des Umweltministeriums vom 20. Februar 2001 (GBl. S. 145), zuletzt geändert durch Verordnung vom 21. April 2009 (GBl. S. 205) in der jeweils geltenden Fassung.
- (2) Inhaltsgleiche oder weitergehende Anordnungen dieser Verordnung bleiben unberührt.

### § 3

#### Schutz der weiteren Schutzzone

(1) In der weiteren Schutzzone - Zone III A - ist verboten:

1. Errichten oder wesentliches Ändern von Betrieben, die radioaktive Stoffe verwenden, herstellen, lagern oder umschlagen; hiervon ausgenommen ist das Verwenden und Lagern kleiner Mengen solcher Stoffe für medizinische und naturwissenschaftliche Zwecke.
2. Errichten oder wesentliches Erweitern von Betrieben, die radioaktive oder andere wassergefährdende Abwässer oder Abfälle abstoßen, wenn diese Stoffe nicht vollständig und sicher aus dem Schutzgebiet hinausgebracht oder ausreichend behandelt werden.
3. Lagern, Bearbeiten oder Vertreiben von radioaktiven Stoffen; ausgenommen sind kleine Mengen solcher Stoffe für medizinische und naturwissenschaftliche Zwecke.
4. Ablagern, Aufhalten von radioaktiven Stoffen oder Beseitigen solcher Stoffe durch Einbringen in den Untergrund.
5. Errichten und Betreiben von Anlagen zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen wassergefährdender Stoffe, ausgenommen sind jedoch Anlagen für wassergefährdende Stoffe, sofern diese den Grundlagen der §§ 62 und 63 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG), den Vorschriften der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen vom 31. März 2010 (BGBl. I S. 377) in der jeweils geltenden Fassung, dem anerkannten Stand der Technik und den Vorschriften für Anlagen in Wasserschutzgebieten entsprechend der Anlagenverordnung wassergefährdende Stoffe (VAwS) des Ministeriums für Umwelt und Verkehr vom 11. Februar 1994 (GBl. S. 182), zuletzt geändert durch Verordnung vom 30. November 2005 (GBl. S. 740) in der jeweils geltenden Fassung genügen und dadurch eine Gefährdung des Grundwassers nicht zu besorgen ist.
6. Ablagern, Aufhalten von wassergefährdenden Stoffen oder Beseitigen solcher Stoffe durch Einbringen in den Untergrund.
7. Errichten und Betreiben von Rohrleitungsanlagen zum Befördern wassergefährdender Stoffe; ausgenommen sind Rohrleitungsanlagen, die den Bereich eines Werksgeländes nicht überschreiten oder Zubehör einer Anlage zum Lagern solcher Stoffe sind, sofern sie durch ausreichende Sicherheitsvorkehrungen gegen das Austreten der beförderten Stoffe geschützt sind.
8. Errichten und Betreiben von Abwasserbehandlungsanlagen, wenn eine Gefährdung des Grundwassers zu besorgen ist und diese nicht durch Schutzvorkehrungen verhindert werden kann.
9. Versickern von Abwasser, einschließlich des von Straßen und sonstigen Verkehrsflächen abfließenden Niederschlagswassers sowie von Kühlwasser, wenn das Abwasser nicht ausreichend gereinigt oder seine sichere anderweitige Beseitigung gewährleistet ist.

10. Versenken und punktuell Versickern von Abwasser einschließlich des von Straßen und sonstigen Verkehrsflächen abfließenden Niederschlagswassers sowie von Kühlwasser.
11. Einleiten von Abwasser in oberirdische Gewässer, wenn das Abwasser nicht ausreichend gereinigt ist.
12. Errichten und Betreiben von Anlagen zur Behandlung, Beseitigung, oder zum Umschlag von Abfällen, ausgenommen Deponien für Erdaushub, unbelasteten mineralischen Straßenaufbruch und bitumenhaltigen Straßenaufbruch in geringen Mengen.
13. Verwenden von wassergefährdenden auswasch- und auslaugbaren Materialien zum Bau von Straßen und Wegen.
14. Errichten oder wesentliches Erweitern von Tunnel- und Stollenbauten sowie von Kavernen.
15. Errichten oder wesentliches Erweitern von Industrie-, Gewerbe- und landwirtschaftlichen Betrieben, Krankenhäusern und Heilstätten, wenn eine Gefährdung des Gewässers zu besorgen ist und diese nicht durch Schutzvorkehrungen verhindert werden kann.
16. Errichten oder wesentliches Erweitern von Siedlungen und Gebäuden, wenn das Abwasser nicht ausreichend behandelt oder eine sichere, anderweitige ordnungsgemäße Entsorgung nicht gewährleistet ist oder wenn das Grundwasser angeschnitten wird bzw. keine ausreichende Deckschicht über dem Grundwasser vorhanden ist.
17. Errichten und Betreiben von Campingplätzen, wenn eine Gefährdung des Gewässers nicht durch Schutzvorkehrungen verhindert werden kann.
18. Anlegen oder wesentliches Erweitern von Friedhöfen, wenn aufgrund der Untergrundverhältnisse eine Gefährdung des Grundwassers zu besorgen ist.
19. Maßnahmen, die eine wesentliche flächenhafte Verringerung und Schwächung der Deckschichten oder eine wesentliche Verminderung der Grundwasserneubildung zur Folge haben.
20. Maßnahmen zum Erschließen von Grundwasser.
21. Errichten und Betreiben von Erdwärmesonden. Erdwärmekollektoren sind zulässig, wenn diese dem Landratsamt - Wasserbehörde - rechtzeitig, grundsätzlich einen Monat vor Baubeginn angezeigt werden und über dem Grundwasserleiter eine ausreichend mächtige und dichte Deckschicht verbleibt oder hergestellt wird oder ausschließlich nicht wassergefährdende Arbeitsmittel eingesetzt werden.
22. Bohrungen zum Aufsuchen oder Gewinnen von Bodenschätzen oder zum Erkunden des Baugrundes, sofern eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften zu besorgen ist.

23. Anlegen oder wesentliches Erweitern von Erdaufschlüssen insbesondere zum Gewinnen von Steinen und Erden, sofern nicht die Unbedenklichkeit für das Grundwasser nachgewiesen wird.
  24. Errichten oder wesentliches Erweitern von militärischen Anlagen, wenn eine Gefährdung des Gewässers zu besorgen ist und diese nicht durch Schutzvorkehrungen verhindert werden kann.
  25. Durchführen von Manövern und Übungen der Streitkräfte und entsprechender Organisationen, soweit aus deren Handlungen Verunreinigungen der Gewässer zu besorgen sind.
  26. Verwenden von Pflanzenschutzmitteln abweichend von den Anwendungsbestimmungen, die in den Gebrauchsanweisungen enthalten sind.
  27. Errichten oder Erweitern von Anlagen zur Tierhaltung, wenn die ordnungsgemäße Lagerung und Ausbringung der anfallenden Dungstoffe nicht gewährleistet ist und eine Gewässergefährdung nicht durch Schutzvorkehrungen verhindert werden kann.
  28. Ausbringen von Klärschlamm
  29. Ausbringen von flüssigem Wirtschaftsdünger mit Verschlauchungsanlagen bzw. Rohrleitungen; ausgenommen sind maschinell betriebene Verschlauchungsanlagen mit Verteilerköpfen, die eine dosierte und gleichmäßige Gülleausbringung gewährleisten.
  30. Entleeren von Wagen der Fäkalienabfuhr, ausgenommen zur Düngung.
  31. Vorratslager von Dungstoffen außerhalb von Dunglegen.
  32. Errichten und Betreiben von Gärfuttersilos und -mieten, wenn die ordnungsgemäße Lagerung und Ausbringung der anfallenden Sickersäfte nicht gewährleistet ist und eine Wassergefährdung nicht durch Schutzvorkehrungen verhindert werden kann.
  33. Errichten oder wesentliches Erweitern von Fischzuchtanlagen sowie von Fischteichen und ähnlichen Einrichtungen, wenn dadurch das Grundwasser angeschnitten wird oder die Deckschichten wesentlich vermindert werden.
  34. Großflächige Umwandlung von Wald.
- 
- (2) Beim Verwenden von Pflanzenschutzmitteln sind die Bestimmungen der Pflanzenschutz- Anwendungsverordnung vom 10. November 1992 (BGBl. I S. 1887), zuletzt geändert durch Artikel 20 des Gesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542) und die in § 4 SchALVO enthaltenen Allgemeinen Bestimmungen in den jeweils geltenden Fassungen bindend. Aktuelle Anwendungshinweise des amtlichen Pflanzenschutzdienstes Baden- Württembergs für Pflanzenschutzmaßnahmen in landwirtschaftlichen Kulturen sind zu beachten.
  - (3) Beim Neubau oder beim Umbau von Straßen oder bei einer wesentlichen Änderung bestehender Straßen sind die notwendigen Schutzvorkehrungen und

Schutzmaßnahmen entsprechend den Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wasserschutzgebieten (RiStWag) in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden.

#### **§ 4**

##### **Duldungspflichten der Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken**

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes sind verpflichtet, zu dulden, dass Beauftragte der Stadtwerke Rottenburg a.N. und der staatlichen Behörden die Flurstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten, Beobachtungsstellen einrichten, amtliche Kennzeichen anbringen und den Fassungsbereich umzäunen.

#### **§ 5**

##### **Befreiungen und Ausnahmen**

- (1) Das Landratsamt Calw kann im Einzelfall auf Antrag von den Verboten dieser Verordnung nach Maßgabe des § 52 Abs. 1 S. 2 und 3 WHG, bzw. § 110 Abs. 1 Satz 3 WG eine Befreiung erteilen. § 98 Abs. 2 WG bleibt unberührt.
- (2) Die Befreiung von den Verboten des § 3 Abs. 1 Nrn. 15, 16 und 19 bedarf der Zustimmung des Regierungspräsidiums Tübingen.
- (3) Die Verbote des § 3 gelten nicht
  1. für Maßnahmen des Wasserversorgungsunternehmens, die der Wassergewinnung oder Wasserversorgung dienen. Solche Maßnahmen sind dem Landratsamt Calw rechtzeitig vor der Durchführung anzuzeigen.
  2. für das Errichten und Betreiben von Anlagen, die bereits vor Inkrafttreten dieser Verordnung rechtmäßig zugelassen, errichtet oder betrieben wurden. Für den Betrieb rechtmäßig zugelassener Anlagen gilt dies nur dann, wenn der Betrieb innerhalb der Zulassung erfolgt.

Die Berechtigung des Landratsamtes Calw, zum Schutz der öffentlichen Wasserversorgung vor nachteiligen Einwirkungen Auflagen, Bedingungen oder sonstige Anforderungen zu stellen, soweit das Wohl der Allgemeinheit dies erfordert, bleibt unberührt.

- (4) Der Bundeswehr - Wehrbereichsverwaltung V, Stuttgart - kann auf Antrag von der örtlich zuständigen unteren Wasserbehörde Befreiung von den Verboten dieser Verordnung erteilt werden, soweit dies zur Landesverteidigung erforderlich und mit den Belangen des Wohls der Allgemeinheit vereinbar ist. Die Verbote gelten nicht für die Streitkräfte und entsprechende Organisationen, soweit sie die Anforderungen des

DVGW-Merkblattes W 106 "Militärische Übungen und Liegenschaften der Streitkräfte in Wasserschutzgebieten" in der jeweils geltenden Fassung beachten.

## § 6

### Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 120 Abs. 1 Nr. 19 WG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
  1. einem Verbot nach § 3 zuwiderhandelt,
  2. eine nach § 5 zugelassene Handlung vornimmt, ohne die mit der Befreiung verbundenen Bedingungen oder Auflagen zu erfüllen.
- (2) Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße bis zu 100.000 € geahndet werden.

## § 7

### Ersatzverkündung der Schutzgebietskarten

Vor dem Inkrafttreten werden die in § 1 Abs. 5 aufgeführten Karten zusammen mit dem Wortlaut dieser Verordnung eine Woche nach Verkündung des Verordnungstextes im Gesetzblatt für Baden-Württemberg

beim Regierungspräsidium Tübingen,  
Konrad-Adenauer-Straße 20,  
72072 Tübingen,

beim Landratsamt Calw,  
Vogteistraße 44,  
71365 Calw

sowie beim Bürgermeisteramt

Nagold,  
Marktstraße 27,  
72202 Nagold

auf die Dauer von zwei Wochen während der Sprechzeiten zur kostenlosen Einsicht durch jedermann öffentlich ausgelegt.



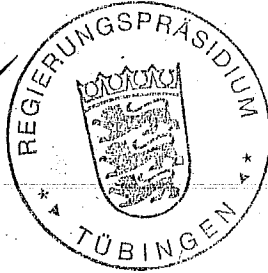
**§ 8**

**Inkrafttreten**

Die Verordnung tritt an dem Tag in Kraft, der der zweiwöchigen Auslegung der Ersatzverkündung (§ 7) folgt.

Tübingen, den 20. Oktober 2010

  
Strampfer



**Hinweis:**

Gemäß § 110b Abs. 1 des Wassergesetzes für Baden- Württemberg (WG) ist eine etwaige Verletzung der in-§ 110 Abs. 2 und 3 WG genannten Verfahrens- und Formvorschriften nur beachtlich, wenn sie innerhalb eines Jahres nach Erlass der Verordnung gegenüber den Regierungspräsidium Tübingen schriftlich geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen.